

Vorwort

Als ich Anfang März 2020 mein Büro an der Europa-Universität Flensburg verließ, tat ich dies mit jener routinier-ten Gewissheit, die es einem ermöglicht, Notizen, Aufga-benlisten, administrative Papierarbeit und leere Kaffeetas-sen zurückzulassen. Es handelte sich um jene, erst retro-spektiv zu erkennende und bis dahin unausgesprochene, Zuversicht, Arbeits- und Denkprozesse bald wieder an Ort und Stelle aufnehmen zu können.

Die drastischen Ereignisse der Ausrufung eines Ausnah-mezustands mit Ausgangssperren und Schul- sowie Uni-versitätsschließungen in den darauffolgenden Tagen machten jedoch deutlich, dass die Arrangements zu leben, zu arbeiten, zu lernen, zu studieren und zu forschen mit institutionellen und diskursiven Praktiken verknüpft sind, deren Gültigkeit zumindest für die meisten Menschen auf einmal fragil erschien. Auch ich hatte vor diesem Ereignis keine explizite Kenntnis darüber, dass nationale Epidemie- und Pandemiepläne in einer solchen Situation das öffent-liche Leben steuern würden.

Nach einer Phase der persönlichen Adjustierung schien es für Georg Rißler und mich jedoch naheliegend, gerade diese institutionellen und diskursiven Praktiken in den Blick zu nehmen, die eine Veränderung, Verschiebung oder zumindest einen temporären Bruch ankündigten. Deshalb riefen wir, mit den Mitteln der Professur der

Theorie der Bildung, des Lehrens und des Lernens von Jürgen Budde das Projekt „CoBiS – COVID-19-Corpus des Bildungssystems“ ins Leben. Dabei handelt es sich um eine umfassende thematische Sammlung von Dokumenten aller sechszehn Bundesländer zur Steuerung des Allgemeinen Schulsystems seit Beginn der Pandemie im März 2020 bis zu einem notwendigen bisherigen Sammlungsende im November 2021.

Jede Sammlung lebt davon, dass sich Forscher:innen und Interessierte mit ihr auseinandersetzen. D.h. Schriftstücke wollen gelesen, analysiert, sortiert, interpretiert werden. Die thematische Sammlung ermöglicht hier eine Erkenntnisarbeit, die eine lange Beschäftigung vorsieht.

Umso erfreulicher ist es, dass Frau Boock sich im Rahmen einer Masterarbeit auf den Weg gemacht hat, sich mittels der Diskurstheorie an einer Institutionenanalyse zu versuchen. Sie eignete sich dabei einen Teil der thematischen Sammlung an und nahm den besonderen Umstand der Steuerung der schulischen Bildung während der COVID-19-Pandemie persönlich motiviert auch noch kulturvergleichend in den Blick. Frau Boock ergänzte also die bestehende thematische Sammlung, um eine eigens erstellte thematische Sammlung aus einem Nachbarstaat und liefert dadurch umfassende Einblicke in zwei unterschiedliche europäische Bildungssysteme.

In Frau Boocks Analysen und Rekonstruktionen der diskursiven Praktiken wird deutlich, welche Chancen und

Möglichkeiten der Schul- und Unterrichtsentwicklung sich eröffnen, wenn die Verknüpfung institutioneller Logiken und Praktiken im politischen Steuerungsprozess explizit gemacht werden muss. Dabei zeigt sich zunächst, wie sehr, durch die geführten Diskurse, die praktischen Ausgestaltungen der Institution Schule weiterhin an einer Stabilität und Sicherheit garantierenden Ordnung ausgerichtet ist und zwar indem Destabilisierungen und Verunsicherungen ausgeräumt werden mögen. So wird sichtbar, wie sich Lehrpersonen, Schüler:innen und die Schule selbst insbesondere im ersten Jahr der Pandemie mit den schulischen Prinzipien der Bewertung und Vermittlung arrangierten. Frau Boock kommt in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass die politische Steuerung eine auf die Normalität bewahrende soziale Ordnung manifestiert. Der Institution Schule ist dabei in der Pandemie jene bedeutende Position zugekommen, eine unausgesprochene Zuversicht zu vermitteln. Dass sich die Erziehungswissenschaft in den nächsten Jahren dieser positionierenden Perspektivierung der Institution Schule sowohl empirisch als auch theoretisch weiter annehmen muss, um die De-Institutionalisierung des Pädagogischen nachzuzeichnen, erscheint dabei m.E. naheliegend.

Frau Boocks Arbeit könnte hierfür als ein exemplarischer Funke verstanden werden und ist andernfalls v.a. mit Blick auf die empirischen Befunde der Diskursstränge zur

Gestaltung der schulischen Bildung in Zeiten der CoViD-19-Pandemie hoch lesenswert.

Martin Bittner, Berlin im März 2022

1. Einleitung

Im Dezember 2019 brach in China ein Virus (Coronavirus disease 2019) aus. Dieser spezifische Krankheitserreger wird über Transportmedien wie Tröpfchen und Aerosole - also feinste Verteilung von schwebenden festen oder flüssigen Stoffen (z.B. Rauch, Nebel) - übertragen und vom respiratorischen System (Atmungsapparat) aufgenommen. Diese gelangen durch das Atmen, Sprechen, Husten oder Niesen in die Umgebungsluft. In geschlossenen Räumen, in denen wenige Luftwirbel entstehen, können sich besagte Tropfen länger in der Luft halten, bevor sie zu Boden sinken. Dies erhöht die Gefahr einer Infektion in geschlossenen Räumen. Da die Inkubationszeit 14 Tage betragen kann, ist es der infizierten Person nicht möglich, zu erkennen, wann sie sich angesteckt hat. Aufgrund dessen werden oft keine Maßnahmen ergriffen, sodass die Gefahr steigt, dass sich weitere Personen bei einer bereits infizierten Person anstecken. (vgl. RKI 26.11.2021) Die Infektionszahlen häuften sich innerhalb eines kurzen Zeitraums, sodass das Virus zunächst epidemisches Ausmaß annahm.

Durch die globale Vernetzung konnte sich das COVID-19 Virus rasant und in weiteren Ländern verbreiten, sodass es seither ein pandemisches Ausmaß annimmt. Aufgrund des

Übertragungsweges und der Unkenntnisse zu Beginn der Pandemie, konnte zunächst nicht zeitlich adäquat reagiert werden, was drastische Folgen hatte. Nur einen Monat später, im Januar 2020, gelang das Virus nach Deutschland und im Februar desselben Jahres nach Dänemark.

In der COVID-19 Pandemie kam es zu unterschiedlichsten Einschränkungen des gesellschaftlichen, persönlichen, wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens, auf der Grundlage von der Benennung des „Ausnahmestands“ und auf der Grundlage von Pandemieplänen und Entscheidungen von Bund und Ländern. Die Politik machte vor den Schulen nicht halt. Bildungs- und Betreuungseinrichtungen (Schulen, Universitäten, Kindergärten u.Ä.) wurden zeitweise geschlossen. Schulen wurden im März 2020 zunächst geschlossen. Da Unterricht stattfinden und Bildung weiterhin vermittelt werden sollten, stellten Schulen auf einen digitalen Unterricht um, der jedoch allgemein als wenig erprobt und entwickelt gelten muss. (vgl. SSI 27.02.2020) Die sehr plötzliche Umstellung führte zu Unsicherheiten in verschiedensten Bereichen. Schule als Institution war hierdurch einer neuen Situation ausgesetzt, die Entwicklung und Veränderungen des Lehrens und Lernens waren noch nicht abzusehen. Auch die Effekte, die diese Veränderungen und Entwicklungen haben werden, sind bisher weitestgehend unerforscht. Lehrer*innen mussten auf neuem Wege ihre Klassen unterrichten. Dies wurde u.a. durch digitale Videokonferenzen, das Ver-

schicken von Arbeitsaufträgen oder das zeitlich geplante Austeilen von Wochenarbeitsplänen umgesetzt. Das Verteilen der Wochenarbeitspläne fand unter strenger Aufsicht und unter festgelegten Richtlinien statt (vgl. DE.SE.27.04.2020). Konferenzen innerhalb der Schulen (Schul-, Klassen- und Lehrer*innenkonferenzen) wurden digital ausgerichtet, um die erlaubte Zusammenkunft von verschiedenen Haushalten nicht zu überschreiten und der Sicherheit Vorrang zu geben. Sämtliches interaktives Leben innerhalb und außerhalb von Schule (das Wählen eines/er Klassensprecher*in, außerschulische Programme und Unternehmungen, interne Veranstaltungen u.v.m.) fielen den Einschränkungen durch das COVID-19 Virus zum Opfer. (vgl. DK.EL.12.03.2020) Welche Einschränkungen an zwei Einzelschulen in Deutschland und Dänemark stattgefunden haben und wie mit diesen intern umgegangen wurde, wird im Verlauf dieser Auflage dargestellt. Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Parteien, welche in der Institution Schule eine ausschlaggebende Rolle spielen, werden dargelegt und die daraus resultierenden Handlungen veranschaulicht.

Durch die globale Verbreitung des Virus standen Schulen in unterschiedlichsten Ländern denselben Herausforderungen gegenüber. Für die Untersuchung dieser Auflage wurden daher zwei Einzelschulen aus unterschiedlichen Ländern (Deutschland und Dänemark) im Grenzgebiet verglichen. Da nicht alle Entscheidungen bzgl. des

Umgangs mit Unterricht in der COVID-19 Pandemie intern von Schule getroffen wurden, werden die zu den Einzelschulen dazugehörigen Schulministerien ebenfalls verglichen, um die durchgeführte Bildungssteuerung und die damit einhergehenden Konsequenzen darzulegen.

Aus eben diesen Bildungssteuerungen erwachen „Diskurse“. Diese sind in einer besonderen Form der Betrachtung von „Sprache und Praktiken“ zu erkennen und zu analysieren. (vgl. Jäger 2015)

Für diese besondere Form der Betrachtung von „Sprache und Praktiken“ wird in dieser Auflage eine kritische Diskursanalyse durchgeführt. Diese analysiert und vergleicht die verschiedenen Schriftstücke der beiden Einzelschulen sowie der dazugehörigen Ministerien, welche während eines festgelegten Zeitraumes versendet wurden. Hierdurch können die auftretenden Diskurse erfasst und in ihrem Aufbau und ihrer Bedeutung für die Bildungssteuerung ersichtlich gemacht werden. Um eine solche Analyse hinreichend durchzuführen, wurde eine kritische Diskursanalyse angelehnt an Siegfried Jäger (vgl. Jäger 2015) vorgenommen.

1.1 Hintergrund der Untersuchungen

Ziel der Untersuchungen ist es, Diskurse aus den gewählten Schriftstücken zu erfassen, diese weiter zu analysieren

und miteinander zu vergleichen. Auf diese Weise ist es möglich, einen Eindruck dessen zu erhalten, wie Schulen während der COVID-19 Pandemie gehandelt haben. Dies umfasst weniger die Schulschließungen, Lüftungspläne und Hygieneregungen, sondern vielmehr die internen Absprachen und Umsetzungen.

Um die Bildungssteuerung und die internen Absprachen innerhalb von Schule untersuchen zu können, wird mittels kritischer Diskursanalyse untersucht, welche Diskurse bestehen und wie und auf welchen Diskursebenen die einzelnen Diskursstränge miteinander agieren. Durch die Wahl von zwei Ländern ist es nicht nur möglich zu analysieren, wie in diesen beiden Einzelschulen mit der COVID-19 Pandemie umgegangen wurde, vielmehr können die daraus resultierenden Diskurse miteinander verglichen werden und so zu neuen Erkenntnissen führen. Die zentrale Frage, welche hierbei im Mittelpunkt steht, ist: Wie ist die Institution Schule mit der COVID-19 Pandemie umgegangen? Um sich der Beantwortung dieser Frage zu nähern, müssen zunächst einige wesentliche und wichtige Auskünfte näher beschrieben werden, da sie die Verständnisgrundlage bilden, aus welcher die Diskurse zu betrachten und worauf sie möglicherweise zurückzuführen sind.

Untersucht wird hierfür der Zeitraum vom 13. März 2020 bis einschließlich 14. Februar 2021. Der gewählte Zeitraum deckt den Beginn der Pandemie in den beiden

Ländern ab. Der 14. Februar 2021 war in Schleswig-Holstein als Datum festgelegt, an dem der damals bestehende Lockdown enden sollte. Zuvor waren die Infektionszahlen Anfang Dezember 2020 stark angestiegen. Während der Feiertage konnte ein Rückgang der Infektionszahlen angenommen werden und ein erneuter Anstieg Anfang Januar 2021. Mitte Januar 2021 sanken die Infektionszahlen, weshalb der 14. Februar 2021 für das Ende des Lockdowns festgelegt wurde. Durch das Auftreten von verschiedenen Virusvarianten und das damit einhergehende Risiko einer erneuten Zunahme der Infektionszahlen, konnte dieses Datum nicht eingehalten werden und das Ende des Lockdowns wurde verschoben. Die Bekanntgabe über die erneute Verschiebung des Endes des Lockdowns wurde der Bevölkerung einige Tage zuvor mitgeteilt. (vgl. RKI 14.02.2021) Durch dieses zuvor festgelegte Datum als Ende des Lockdowns, ergibt sich auch das Ende des untersuchten Zeitraumes. Eine visuelle Darstellung der beschriebenen Anstiege und Senkungen der Infektionszahlen wird auf Abbildung 6 sichtbar. Den Beginn der Pandemie zu untersuchen, wurde vor dem Hintergrund gewählt, da sich in diesem Zeitpunkt die meisten diskursiven Suchbewegungen und Unklarheiten befinden, bevor sich durchgehende Diskurse über die gesamte Pandemiezeit herausstellen und durchsetzen.

1.2 Ausgangssituation und Problematik

In der Institution Schule werden junge Menschen gebildet, erzogen und auf die Gesellschaft vorbereitet, bevor sie in diese entlassen werden. Fachanforderungen, Schulgesetze und Lehrpläne halten u.a. schriftlich fest, welche Aufgaben Schule und Unterricht haben und in welcher Weise sie diesen Aufgaben nachkommen müssen.

In Deutschland besteht Schulpflicht von insgesamt neun bis zehn Jahren, welcher durch den physischen Besuch einer Schule nachgekommen werden muss. Während der COVID-19 Pandemie war dies nicht zu jederzeit möglich. Es mussten neue Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um dieser Pflicht nachzukommen.

In Dänemark hingegen besteht lediglich Unterrichtspflicht, dies hat zur Folge, dass die Schüler*innen nicht an einen festen geographischen Standort gebunden sind. Hierdurch ist Distanzunterricht auf rechtlichem Wege möglich. Dennoch finden sich in Dänemark etliche Schulen, welche mittels Präsenzunterricht der Unterrichtspflicht nachkommen und eine Anwesenheit der Schüler*innen erwarten. Durch das Schließen der beiden Einzelschulen entfiel der Präsenzunterricht, sodass neue Wege erkundet werden mussten, um Unterricht in allen Fachgebieten bestmöglich zu gewährleisten.

Wie diese Umstellung alle Beteiligten der Institution Schule vor einer Herausforderung vielfältiger Art stellte

(vgl. DK.EL.12.03.2020), wird in Kapitel fünf und sechs näher erläutert. Distanzunterricht musste zu mehreren Zeiträumen als Alternative genutzt werden. Während der mehrmaligen Rückkehr zum Präsenzunterricht konnte dieser nicht in dem Maß stattfinden, wie es vor der COVID-19 Pandemie der Fall war. Es mussten Abstandsregeln eingehalten werden, welche es zeitweise unmöglich machten, Gruppenarbeiten durchzuführen. Das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung im Unterricht wurde eingeführt und im Verlauf der Pandemie zu einem immer festen Bestandteil von Schule. Pläne für das Betreten und Verlassen der Schulen mussten ausgearbeitet und Desinfektionsspender aufgestellt werden. Die Schulen wurden über die neuesten Änderungen, die den unmittelbaren Schulbetrieb betrafen, von den zuständigen Ministerien informiert. Durch den erhöhten organisatorischen Aufwand, der mit der Umsetzung der Änderungen verbunden war, befanden sich die Schulen in einer Lage, in der sie unmittelbar auf Verordnungen reagieren mussten.

Die Schule, welche zuvor einen bekannten und geschützten Raum darstellte, musste sich selbst in vielen Bereichen verändern, um der sich stetig ändernden Situation gerecht zu werden. Während die Schulen versuchten sämtliche Änderungen und Einschränkungen umzusetzen, wurde an vielen Werten und Verfahren aus der Vergangenheit festgehalten. Dies sollte die verlorene Sicherheit wiederherstellen und Schule als den bekannten und geschützten

Raum darstellen. Traditionen wurden fortgeführt und es wurde, wenn sie auch angepasst werden mussten, trotz aller Umstände an ihnen festgehalten. So wurden u.a. Traditionen zur Abschlussfeier an der dänischen Einzelschule fast unverändert durchgeführt, um den Schüler*innen, welche ihren Abschluss während der Pandemie machten, den gleichen Respekt zu erweisen, wie den Schüler*innen in den vorherigen Jahren. (vgl. DK.SS.18.03.2020) Schulen mussten den neuen Verordnungen des Ministeriums nachkommen. Eine konkrete Umsetzung konnten die Schulen jedoch oft selbst koordinieren, da hierfür meist keine konkreten Hinweise formuliert wurden. Dies führte zu individuellen Umsetzungen, welche im Zweifel intern abgestimmt und abgeklärt werden mussten. Somit waren Schulen z.B. in der Gestaltung des Distanzunterrichts frei, da die herrschenden Voraussetzungen und Bedingungen an der Schule berücksichtigt werden mussten. Eine Änderung war zu jeder Zeit möglich, da sämtliche Anpassungen der Situation bzgl. der COVID-19 Pandemie gerecht werden mussten.

1.3 Aufbau der Arbeit

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, welche Aufgaben Schule als Institution hat und in welchem Umfang diese zu bewältigen sind. Hierbei werden verschie-

dene Institutionstheorien einfließen, welche versuchen zu erklären, worin die Aufgaben von Schulen liegen. Zusätzlich wird darauf eingegangen, welche Positionen Schulen in der Gesellschaft einnehmen und wie sie dort auf verschiedene Gruppen wirken.

Im Anschluss werden die Schulsysteme und Schulministerien in Deutschland und Dänemark näher beschrieben. Hierbei wird auf die Region/das Bundesland Bezug genommen, in welchen sich die Einzelschulen befinden.

Im 4. Kapitel wird das methodische und methodologische Vorgehen beschrieben. Hier werden die kritische Diskursanalyse sowie die einzelnen Analyseschritte erläutert. Dieses Kapitel bildet die methodische Grundlage für die darauffolgende Analyse und kann, neben der eigentlichen Analyse und dessen Resultaten, als Herzstück wahrgenommen werden.

Daran anschließend werden die untersuchten Einzelschulen näher beschrieben. Da beide Schulen anonymisiert bleiben, können in diesem Kapitel lediglich Randinformationen vermittelt werden, sodass die Identität der Einzelschulen geschützt bleiben. Ebenfalls wird dargelegt, wie sich der Verlauf der COVID-19 Pandemie in dem festgelegten Betrachtungszeitraum gestaltet. Diese Informationen finden in daran anknüpfenden Kapiteln Verwendung, um Rückschlüsse darauf ziehen zu können, aus welchen Gründen u.a. der Präsenzunterricht zu bestimmten Zeiten nicht aufgenommen werden konnte.

Im sechsten Kapitel folgt die Analyse der Schriftstücke, aus denen sich die verschiedenen Diskurse ergeben haben. Hierbei ist zu unterscheiden, dass einige Diskurse sowohl in Deutschland als auch in Dänemark aufgetreten sind und nicht voneinander getrennt betrachtet werden, während andere getrennt zu betrachten sind, da diese eine eigene Entwicklung durchlaufen.

Das darauffolgende Kapitel (Kapitel 7) greift diese Unterschiede und Gemeinsamkeiten der einzelnen Diskurse auf und vergleicht diese miteinander. Hier werden Bezüge hergestellt und verglichen, wie die beiden Einzelschulen und Ministerien mit ähnlichen Situationen umgegangen sind. Es folgt eine Diskussion aller Diskurse. In Kapitel 8 wird u.a. ersichtlich, wieso einige Diskurse in beiden Ländern auftreten und was solche, die dies nicht tun, voneinander unterscheidet.

Zum Schluss werden in einer abschließenden Zusammenfassung sämtliche Punkte aufgegriffen und die Erkenntnisse und Ergebnisse der Untersuchungen näher und zusammenfassend beschrieben.

2. Schule als Institution - Aufgabe und Umfang von Schule

Der Begriff „Schule“ löst bei jeder Person ein anderes Gefühl aus. Sie ist ein Ort der, zumindest in Deutschland, von jeder Person in irgendeiner Form für eine bestimmte Zeit physisch besucht werden muss (vgl. SchulG. 16.06.2021c). Durch diese Gemeinsamkeit ist es möglich sich über die eigene Schulzeit auszutauschen, da beide Parteien eigene Erfahrungen haben, von denen manche sich ähneln, während wiederum andere völlig unterschiedlich erlebt oder empfunden wurden. Diese Annahme kann selbst bei Klassenkamerad*innen angenommen werden. Während manche sich sicherlich gerne an die eigene Schulzeit erinnern und sich womöglich sogar zeitweise dahin zurückwünschen, sind andere glücklich, dass diese Zeit vorüber ist und nehmen die negativen Empfindungen mit sich in die Zukunft. Während all diese Erinnerungen an Schule unterschiedlich sind und Schule mit so unterschiedlichen Erinnerungen und Erfahrungen in die Welt getragen wird, hat sie dennoch eine klare Aufgabe.

Schule gilt als Institution der Lehre und der Erziehung, wobei beide Bereiche an die Schulform angepasst werden (vgl. Schratz et al. 2013: 7). Bereits 2013 waren Schulen „[...] aufgrund der aktuellen Herausforderungen mehr denn je gefordert, in vielfältigen Zusammenhängen zu

denken und zu handeln.“ (Schratz et al. 2013: 7). Gemeint sind damit die Herausforderungen, welche Schule auf den unterschiedlichen Ebenen begegnet: politisch, ökonomisch, gesellschaftlich, pädagogisch, didaktisch-methodisch und die neuen Medien. Zu diesem Zeitpunkt hat jedoch vermutlich niemand damit gerechnet, dass sich Schule einer Viruspandemie und den herrschenden und sich stetig wandelnden Herausforderungen stellen muss.

Bereits 2013 wuchsen die Erwartungen an diese Institution (vgl. Schratz et al. 2013: 7), welche, gemäß Paragraf 20 des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes durch die Schulpflicht, von allen zu besuchen ist. Demnach ist es möglich, diese Institution als eine zu definieren, welche von einer bestimmten Altersgruppe besucht wird. Diese Gruppe bildet demnach alle schulpflichtigen Kinder und Jugendliche in Deutschland. (vgl. SchulG. 16.06.2021c)

Auf unterschiedlichsten Ebenen wird die Institution gefordert. Hierzu zählt die *politische Ebene*, auf der von Schulen vermehrt Eigenständigkeit in der Organisation erwartet wird, um zentrale Steuerungsinstrumente abzulösen, was eine vermehrte Flexibilität und Selbstbestimmung begünstigen soll. Auf *ökonomischer Ebene* verspüren Schulen vermehrt Druck durch Budgetkürzungen in verschiedensten Bereichen. Gleichzeitig steigen die Erwartungen auf *pädagogischer Ebene*, wo Schulen Bereiche aufarbeiten sollen, welche von der Gesellschaft und den Erziehungsberech-

tigten nicht bewältigt werden können. Hinzu kommen an dieser Stelle die Erwartungen an eine erfolgreiche Inklusion. Auf der *gesellschaftlichen Ebene* erhält die Tätigkeit als Lehrer*in erschwerender Weise nur wenig Anerkennung in der Gesellschaft. (vgl. Schratz et al. 2013: 7)

Die hier angeführten Ebenen sind ebenfalls Teil von Schule und Bereiche, denen sich die Institution in ihrer täglichen Arbeit stellen muss. Um die darin bestehenden Herausforderungen zu erkennen, wird im Folgenden auf die konkreten Aufgaben von Schulen und deren gesellschaftliche Funktion eingegangen. Hierdurch wird ersichtlich, in welchem Umfang die oben genannten Ebenen die Institution Schule beeinflussen. Diese Schilderung ist dennoch keinesfalls vollständig, geschweige denn abgeschlossen, da stetige Veränderungen die Aufgaben von Schule fortwährend beeinflussen. Nachfolgende Erläuterungen sollen lediglich einen Überblick darüber schaffen, was Schule als Institution in der heutigen Zeit leistet bzw. zu leisten hat.

Schule in der Öffentlichkeit

Wird die Schule im Kontext der Öffentlichkeit thematisiert, ist eine „Theorie der Schule“ nicht zwingend erforderlich. Vielmehr geht es in öffentlichen Auseinandersetzungen um Meinungen, Überzeugungen und Hoffnungen. Schulen erscheinen in diesem Kontext als eine Vielzahl